

Die Militärreform in Rußland. (I): Sachstandsbericht

Schmidt-Skipiol, Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmidt-Skipiol, J. (1997). *Die Militärreform in Rußland. (I): Sachstandsbericht*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 48/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47185>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Militärreform in Rußland

Teil I: Sachstandsbericht

Zusammenfassung

Seit dem Wechsel im Verteidigungsministerium Rußlands im Mai dieses Jahres scheint neue Dynamik im lange überfälligen jedoch in der Vergangenheit immer wieder festgefahrenen Prozeß der Militärreform aufzukommen. Als erste wichtige und motivierende Hilfsmaßnahme für die demoralisierten Streitkräfte wurden die ausstehenden Soldzahlungen für die Armeeangehörigen beglichen. Daneben wurde durch erste Erlasse des Präsidenten sowie vielfache Äußerungen verschiedener Repräsentanten des Verteidigungsministeriums ein ganzes Bündel von geplanten Maßnahmen bekannt, die sich von der Schaffung eines neuen präsidialen Kontrollorgans für die Streitkräfte (Staatliche Militärinspektion) über die Abschaffung der Wehrpflicht und die Umgliederung in eine Struktur mit nur noch drei Teilstreitkräften bis hin zur Verbesserung der sozialen Lage von aktiven und ausscheidenden Soldaten erstrecken. In Teil I wird nach einem Abriss des bisherigen Verlaufs der Bemühungen zur Militärreform der aktuelle veröffentlichte Sachstand dargestellt. Teil II (Nr. 49) beschäftigt sich mit dem politischen Umfeld der Reform und bewertet die einzelnen bisher bekannt gewordenen Maßnahmen anhand einiger Prüfkriterien.

Am 24. Juni 1997 schickte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Staatsduma der Russischen Föderation, Generalleutnant *Lew Rochlin* einen offenen Brief an "Rußlands Oberbefehlshaber und die russischen Soldaten"¹, in dem er schwere Vorwürfe gegen die Sicherheitspolitik Präsident *Boris Jelzins* erhob. Er kritisierte dabei insbesondere die von *Jelzin* unterstützten Ansätze zur Militärreform, die vier Wochen nach der Umbesetzung an der Spitze des Verteidigungsministeriums² bekannt geworden waren.

Einen Monat später, am 25. Juli 1997, informierte der Präsident seinerseits in einer ausgefeilten und bewegenden Radioansprache an die Nation über "[die] Militärreform [und das] Schicksal der russischen Streitkräfte"³. Nur vier Tage später unterstrich er mit einem zweiten diesmal über die Printme-

¹ Interfax-Meldung vom 24.6.1997, zitiert nach Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Fernseh- und Hörfunkspiegel Ausland Nr. 118, 25.6.1997, Erklärungen/Interviews S. 7; vgl. auch Ilja Maksakov, Lev Rochlin obratilsja k prezidentu i voennoslužbašim, in: Nezavisimaja Gazeta, 25.6.1997, S. 1-2.

² Am 22.5.1997 wurden Verteidigungsminister Igor Rodionow und sein Generalstabschef und 1. Stv. Verteidigungsminister Armeegeneral Wiktor Samsonow durch Präsident Boris Jelzin überraschend abgelöst und durch Armeegeneral Igor Sergejew, sowie Generaloberst Anatolij Kwaschnin ersetzt.

³ Zitiert nach Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Fernseh- und Hörfunkspiegel Ausland Nr. 141, 28.7.1997, Erklärungen/Interviews S. 16ff.

dien verbreiteten "Appell an die Soldaten der Streitkräfte der Russischen Föderation"⁴ die Bedeutung der angestoßenen Militärreform für die Verteidigungsbereitschaft des Landes einerseits und die soziale Lage der Armeeingehörigen andererseits. Seither verbreiten die Nachrichtenagenturen nahezu täglich Meldungen über Details, Fortgang und Kritik der Reform der russischen Streitkräfte.

Für den westlichen Beobachter, der in den vergangenen Jahren die vielfältigen Ankündigungen umfassender Reformen⁵ des gewaltigen russischen Verteidigungsapparates einschließlich des militärisch-industriellen Komplexes verfolgte, die regelmäßig ohne sichtbaren Erfolg blieben, stellt sich die Frage, ob es sich auch jetzt wieder nur um ein Strohfeuer handelt, oder ob Präsident und Regierung tatsächlich ernsthaft den Versuch unternehmen, diesen schwerfälligen, teuren und maroden Koloß zu reformieren.

Der Weg der Militärreform bis Mai 1997

Es gab bereits vor den Versprechungen Präsident *Jelzins* zur Präsidentschaftswahl 1996, sowohl im Bereich des Verteidigungsministeriums als auch bei den zahlreichen anderen Machtministerien gründliche Reformen auf den Weg zu bringen⁶, immer wieder Forderungen nach einer umfassenden Militärreform. Bis dahin verliefen aber alle entsprechenden Bemühungen im Sande und scheiterten an mangelnder konzeptioneller Geschlossenheit oder an den Beharrungskräften der alten militärischen Nomenklatura.

Nach der Wiederwahl Präsident *Jelzins* am 3. Juli 1996 zeichnete sich eine Veränderung der erstarrten Lage ab: Der Verteidigungsausschuß der Staatsduma unter Vorsitz von *Lew Rochlin* hatte einen Gesetzesentwurf zur Militärreform vorbereitet und am 9. Juli des Jahres an den Präsidenten geschickt. Dabei ging es im wesentlichen um die Finanzierung der Armee und ihre Dominanz im Konzert der verschiedenen um Budgetanteile buhlenden militärischen Organisationen.⁷

In auffälliger zeitlicher Nähe zu diesem Vorstoß ergriff *Jelzin* seinerseits die Initiative; er versammelte am 18. Juli 1996 das Kollegium des Verteidigungsministeriums an seinem Urlaubsort "Barvicha" und stellte den neuen Verteidigungsminister *Igor Rodionow*⁸ vor. Dabei unterstrich er das dringliche Erfordernis nach einer "tiefgründigen Armeereform"⁹ und legte sie *Rodionow* als seine Hauptaufgabe ans Herz.

Der neue Verteidigungsminister hatte jedoch zunächst andere Sorgen: Aufgrund von Korruptionsvorwürfen waren große Teile der Führung des Verteidigungsministeriums in Mißkredit geraten und *Ro-*

⁴ Zitiert nach Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Fernseh- und Hörfunkspiegel Ausland Nr. 143, 30.7.1997, Erklärungen/Interviews S. 13.

⁵ Die Begriffe "Militärreform" und "Armeereform" werden sowohl in offiziellen Verlautbarungen als auch in Kommentaren meist synonym gebraucht; einige Autoren sehen allerdings die "Militärreform" als Oberbegriff, der sich nicht nur mit der Struktur der Armee, sondern auch mit den anderen "Machtministerien", der Verteidigungsdoktrin und dem Stellenwert von Verteidigung in der Gesellschaft befaßt. Im folgenden wird letztere, umfassende Bedeutung verwendet.

⁶ So hatte Jelzin im Laufe seines Wahlkampfes angekündigt, die Wehrpflicht bis zum Jahr 2000 abschaffen zu wollen.

⁷ Im Sommer 1996 standen 3,5 Mio. Mann Truppen in Rußland unter Waffen, wovon mehr als die Hälfte bei insgesamt 24 verschiedenen 'Machtministerien' und Föderalen Diensten – also außerhalb des Verteidigungsministeriums – dienten.

⁸ Armeegeneral Igor Rodionow, der als Befehlshaber des Militärbezirks Transkaukasus für das Massaker in Tiflis 1989 verantwortlich gemacht worden war, kommandierte seitdem die Militärakademie des Generalstabs. Mit seinem Amtsantritt füllte er den seit der Entlassung Pawel Gratschows für vier Wochen vakanten Posten des Verteidigungsministers.

⁹ K rasnaja Zvezda, 19.7.1996, S. 1. Jelzin zählte seine wichtigsten Vorgaben für die bis zum Jahr 2000 durchzuführende Militärreform auf: Neben dem Aufbau einer Berufsarmee ging es ihm um ein gerechtes Laufbahnsystem für den Militärdienst, die soziale Absicherung ausscheidender Soldaten, die Stärkung der Rolle des Generalstabs, die Entwicklung und Einführung modernster Waffensysteme, die Erhöhung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, wesentliche Verbesserungen in der Ausbildung, sowie die Überarbeitung der seit November 1993 geltenden "Grundbestimmungen der Russischen Militärdoktrin".

dionow brauchte bis Anfang Oktober, um zumindest teilweise eine neue Mannschaft einzusetzen. Am 18. Oktober 1996 schließlich wurde Armeegeneral *Wiktor Samsonow* zum neuen Generalstabschef ernannt und die Militärreform konnte in Angriff genommen werden.

Neben großen Widerständen im Apparat von Verteidigungsministerium und Generalstab¹⁰ hatte *Rodionow* in der Folgezeit vor allem die Auseinandersetzungen im neu geschaffenen Verteidigungsrat mit dessen Sekretär *Jurij Baturin* zu überwinden, der häufig in scharfem Gegensatz zu *Rodionows* Ansichten stand. Wiewohl gleich in ihrem Ziel, eine verkleinerte, schlagkräftige und modern ausgerüstete Armee bei gleichzeitiger Erhaltung der strategischen nuklearen Komponente zu schaffen, vertrat *Baturin* die Meinung, dies sei hauptsächlich durch Rationalisierung, Straffung und Verkleinerung innerhalb der Streitkräfte selbst zu finanzieren, während *Rodionow* immer wieder zusätzliche Mittel zur Durchführung der Reform forderte und die schleppende Zuweisung bereits im Haushalt eingeplanter Gelder beklagte.¹¹

Im Herbst und Winter 1996/97 kam es im Kreml zu Machtkämpfen und Gerangel um Einfluß, die sich im Bereich der Sicherheitspolitik vor allem zwischen den beiden Kontrahenten *Baturin*, ehemaliger Sicherheitsberater des Präsidenten, Sekretär des Verteidigungsrates und Vorsitzender der Kommission für höchste Militärposten, und dem amtierenden Sicherheitsberater *Aleksandr Lebed*, Sekretär des Sicherheitsrates, abspielten. Selbst als *Lebed* am 17. Oktober in Ungnade fiel und seiner Ämter in der Jelzin-Administration enthoben wurde, setzte sich dieser Konflikt nun zwischen *Baturin* und *Rodionow* fort, der als Protegé *Lebeds* galt. In Verbindung mit der weitgehenden Regierungsunfähigkeit des schwer erkrankten Präsidenten lähmten diese Auseinandersetzungen den Prozeß der Militärreform.

Es bestand zwar weitgehend Übereinstimmung in den grundsätzlichen Fragen nach Streitkräfteumfang (angestrebt wurden ca. 1,2 Mio. Mann), und -struktur (12 voll ausgerüstete Divisionen) sowie in der Notwendigkeit der Verkleinerung des Führungsapparats und in der Aufschiebung der ursprünglich für das Jahr 2000 vorgesehenen Abschaffung der Wehrpflicht auf das Jahr 2005, doch kam es zu keinen konkreten Maßnahmen zur Implementierung der Reformen. Ein Hinweis für die Gründe dieser Passivität findet sich in einem Interview mit dem Generalstabschef und Ersten Stellvertretenden Verteidigungsminister *Samsonow* in der Armeezeitung *Krasnaja Zvezda*, wo er neben der Klage über ausbleibende "finanzielle und materielle Hilfe seitens des Staates" das Fehlen eines kohärenten "Konzepts für die militärische Sicherheit des Landes"¹² bemängelt. Dies macht Sinn, da eine Armee reform, die ausschließlich auf der Basis haushaltlicher Einsparungszwänge ohne konzeptionelle Grundlagen beruht, leicht in die Irre führen kann. Seit November 1993 existieren zwar die "Grundbestimmungen der Militärdoktrin der Rußländischen Föderation"¹³, sie machen jedoch nur sehr vage Angaben über anzustrebende militärische Strukturen und ihre Herleitung aus der sicherheitspolitischen Lagefeststellung und besitzen außerdem keine Gesetzeskraft, denn sie wurden nicht vom Parlament gebilligt.

Auch nach der Rückkehr des genesenen Präsidenten in den Kreml tat sich wenig, die Reformen traten auf der Stelle. Offensichtlich besaß *Rodionow* keinen direkten Zugang zu *Jelzin*, dessen Umgebung blockte den unbequemen Verfechter für erhöhte Verteidigungsausgaben und kostenintensive Umstrukturierungen ab, der seinem Unmut immer öfter in der Öffentlichkeit Luft machte und so in Konflikt mit dem Sparkurs der ab März 1996 agierenden Reformer um *Anatolij Tschubaj*s und *Boris Nemzow* geriet. Gleichzeitig verschlechterte sich die soziale Situation der Armeeangehörigen drama-

¹⁰ Vgl. etwa das im Oktober 1996 kursierende Flugblatt "Offener Brief von Offizieren des Generalstabs an den Minister für Verteidigung der Russischen Föderation", das in sehr polemischer Weise Regierung und militärische Führung angreift, übersetzt und abgedruckt in: Harald Kießlich-Köcher, Die Streitkräfte der Russischen Föderation, Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V. (Hrsg.), DSS-Arbeitspapiere, Heft 35-1997, S. 47.

¹¹ 1995 und 1996 wurde der ohnehin hauptsächlich zur Unterhaltung der Streitkräfte vorgesehene Verteidigungsetat nur zu jeweils ca. 80% erfüllt, dies ging zum großen Teil zu Lasten von Forschung und Entwicklung sowie Beschaffung; vgl. Hans-Henning Schröder, Die russischen Militärausgaben 1995-1997, Berichte des BIOst 23-1997, Köln 1997, S. 18ff.

¹² Oleg Faliëv, Èto ždet Rossijskiju armiju, in: *Krasnaja Zvezda*, Nr. 299, 28.12.1996, S. 1.

¹³ Deutsche Übersetzung veröffentlicht in: Europa-Archiv, Folge 1/1994, S. D31ff.

tisch und medienwirksam und die Einsatzbereitschaft selbst der wenigen noch für schlagkräftig angesehenen Verbände wie Luftlandetruppen und Strategische Raketentruppen wurde öffentlich in Frage gestellt.

Schließlich entließ Präsident *Jelzin* am 22. Mai 1997 auf einer Sitzung des Verteidigungsrates, die sich mit dem Sachstand der Militärreform beschäftigen sollte, unter demütigenden Umständen Verteidigungsminister *Rodionow* und Generalstabschef *Samsonow*.¹⁴ Es bleibt Spekulation, ob *Rodionows* Frontstellung zu *Baturin* diesen von Beobachtern schon lange erwarteten Schritt verursachte, oder eher der politische Instinkt *Jelzins*, der die Notwendigkeit gekommen sah, angesichts der Agonie der Streitkräfte und ihrer Angehörigen die überfälligen Reformen nun selbst energisch und demonstrativ voranzutreiben und als sichtbares Zeichen seiner Entschlossenheit einen "Sündenbock" zu entlassen hatte. Die Priorität, die die Militärreform seit Amtsantritt *Igor Sergejew*s genießt und der Elan, mit der sie in den letzten Wochen betrieben wird, läßt eher letzteres vermuten.

Ein "neuer Ansatz" mit Igor Sergejew?

Ein augenfälliges Merkmal des seit dem 22. Mai bekanntgewordenen "neuen Ansatzes" zur Militärreform ist, daß es sich bei den dabei propagierten und geplanten Maßnahmen durchweg um keine grundsätzlich neuen Ideen handelt. Praktisch alle Vorschläge wurden schon zu Zeiten *Gratschows* und vor allem *Rodionows* vorgebracht, dann aber nicht weiter verfolgt. Somit ist der Vorwurf aus Kreisen der Duma und ihres Verteidigungsausschusses unbegründet, *Sergejew* und ein kleiner Kreis von Offizieren im Generalstab haben die Reform zu schnell und zu oberflächlich zusammengestellt.¹⁵

Auch jetzt, im Sommer 1997, fehlt noch der bereits oben für die *Rodionow*-Zeit bemängelte gedankliche Überbau für die schlüssige Einbindung der angestrebten neuen militärischen Strukturen in ein Gebäude aus Sicherheitskonzeption, Doktrinen und Strategien. Es wurden jedoch in jüngster Vergangenheit wichtige Schritte getan, dieses Manko zu beseitigen: So hat der Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, *Iwan Rybkin*, in einem langen Artikel in der Tageszeitung "Nezavisimaja gazeta" am 29. April 1997 nicht nur die Notwendigkeit einer "Konzeption der nationalen Sicherheit Rußlands" ausführlich begründet, sondern auch die grundlegenden Prinzipien dieser in der Erstellung befindlichen Sicherheitskonzeption vorgestellt, wie zum Beispiel

- "Vorrang politischer, wirtschaftlicher und informatorischer Mittel zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit;
- Unterordnung der Tätigkeit der Elemente des Staatssicherheitssystems unter die Verfassung und die Gesetze der Russischen Föderation;
- Anwendung von Gewalt (auch militärischer) nur auf der Basis der Normen des Völkerrechts;
- aktive und gleichberechtigte Beteiligung Rußlands an den weltweiten Integrationsprozessen."¹⁶

Dieser Ansatz dürfte zusammen mit den immer noch gültigen "Grundbestimmungen der Militärdoktrin der Rußländischen Föderation" vom November 1993 die Basis für das von *Sergejew* für Ende September angekündigte umfassende Entwurfskonzept für die Militärreform sein, das sich nicht nur mit den konkreten Schritten der Umstrukturierung beschäftigen soll, sondern darüber hinaus auch doktrinäre Elemente, wie etwa die "Gefahren für die militärische Sicherheit Rußlands" und "Anforderungen bezüglich der wirtschaftlichen Ressourcen des Landes" enthalten soll.¹⁷ Offensichtlich wird

¹⁴ Vgl. Joachim Schmidt-Skipiol, Wachablösung im Verteidigungsministerium, Aktuelle Analyse des BIOst, Köln, Nr. 30/ - 1997.

¹⁵ Persönliche Animositäten, gekränkte Eitelkeiten und befürchteter Pfründeverlust schimmern vielfach bei der vorgebrachten Kritik durch; so wird etwa Generaloberst Valerij Manilov, 1. Stv. Chef des Generalstabes und einer der führenden Köpfe hinter der Militärreform, immer wieder angefeindet – dies verwundert nicht bei einer Karriere, die ihn in 39 Jahren Militärzeit nur gut zwei Jahre in der Truppe sah und sonst ausschließlich in Stäben und in den Bereichen Propaganda und Information.

¹⁶ Zitate aus: Ivan Rybkin, O koncepcii nacional'noj bezopasnosti Rossii, in: Nezavisimaja gazeta, 29.4.1997, S. 1f.

¹⁷ Igor Sergeev vor Journalisten am 19.7.1997, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg), Fernseh- und Hörfunkspiegel Ausland, Nr. 136, 21.7.1997, Erklärungen/Interviews S. 12f.

aber auch an einer neuen Militärdoktrin gearbeitet, da der Verteidigungsminister am 4. September 1997 in einer Rede vor Offizieren der Garnison Kaliningrad die Vorlage des Entwurfs der neuen Doktrin bis Ende des Jahres angekündigt hat.¹⁸

Im folgenden sollen die wichtigsten Elemente der geplanten Reform vorgestellt werden, wie sie seit Juni des Jahres bekannt wurden. Dabei handelt es sich um eine Zusammenstellung aus Erklärungen und Verlautbarungen von Mitgliedern der Administration – ein öffentlich zugängliches, umfassendes Papier der Regierung liegt dazu noch nicht vor.

1. Neben das erst 1996 geschaffenen Kontrollorgan für die Streitkräfte und die "anderen Truppen"¹⁹, den Verteidigungsrat der Russischen Föderation, tritt die Institution der Staatlichen Militärinspektion als Organ der Präsidialadministration zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse; dabei übernimmt der Leiter dieser Inspektion gleichzeitig das Amt des Sekretärs des Verteidigungsrates.²⁰ Beide Einrichtungen haben nicht nur gegenüber den Streitkräften eine Aufsichtsfunktion, sondern auch gegenüber allen anderen Truppen unterhaltenden "Machtministerien".
2. Die Höhe des Verteidigungshaushalts wird auf 3,5% des Bruttoinlandsprodukts festgeschrieben.
3. Der Personalbestand der Streitkräfte soll bis Ende 1998 auf 1,2 Mio. Mann reduziert werden. Gleichzeitig wird ein schrittweiser Übergang von der Wehrpflicht zu einer Armee von Berufssoldaten bis zum Jahr 2005 angestrebt.²¹ Das Stärkeverhältnis zwischen Streitkräften und "anderen Truppen" soll von gegenwärtig 1:1 auf etwa 5:2 angepaßt werden.
4. Die Armeestruktur wird von bisher fünf Teilstreitkräften (Strategische Raketentruppen, Landstreitkräfte, Truppen der Luftverteidigung, Luftstreitkräfte, Seestreitkräfte) in eine auf drei Teilstreitkräfte (Land-, Luft/Weltraum- und Seestreitkräfte) angelegte Organisation²² überführt. Dieser Prozeß, der bis zum Jahr 2005 abgeschlossen sein soll, findet schrittweise statt; begonnen wird bis Ende des Jahres mit der Zusammenführung von Strategischen Raketentruppen, Weltraumstreitkräften (bisher selbständiger Status) und Truppen der Weltraumverteidigung (bisher bei den Truppen der Luftverteidigung) zu einer Teilstreitkraft, die den Namen "Strategische Raketentruppen" beibehalten wird. 1998 werden die Luftstreitkräfte und die Truppen der Luftverteidigung zur Teilstreitkraft "Luftstreitkräfte" vereinigt.²³
5. Der aufgeblähte Führungs- und Verwaltungsapparat von Truppe und Verteidigungsministerium soll abgebaut werden. So wird unter anderem das Oberkommando der Landstreitkräfte aufgelöst zugunsten einer Hauptabteilung Landstreitkräfte im Verteidigungsministerium (1999); die Zentralverwaltung des Ministeriums darf zukünftig nur noch 1% der Gesamtstärke der Streitkräfte umfassen.

¹⁸ Vgl. Meldung von RIA Novosti vom 4.9.1997, in: Johnson's Russia List, 4.9.1997.

¹⁹ Allgemein übliche Bezeichnung für alle bewaffneten Formationen, die nicht dem Verteidigungsministerium unterstehen und somit nicht Teil der "Streitkräfte" sind.

²⁰ Präsident Jelzin berief den bisherigen Ersten Stellvertretenden Verteidigungsminister Andrej Kokoschin in dieses kombinierte Amt, was zu Spekulationen über das politische Schicksal des bisherigen Sekretärs des Verteidigungsrates Jurij Baturin Anlaß gab; vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Fernseh- und Hörfunkspiegel Ausland, Nr. 165, 29.8.1997, Berichte S. 8.

²¹ Entgegen Präsident Jelzins ursprünglicher Absicht, die Wehrpflicht schon bis zum Jahr 2000 abzuschaffen, haben realistischere Einschätzungen aus Verteidigungsministerium und Generalstab die Frist um fünf Jahre aufschieben können; Generaloberst Walerij Manilow hält sogar diesen Termin für nicht haltbar, vgl. Meldung in RFE/RL Newline, Vol 1, No. 101, Part I, 22.8.1997, S. 2f.

²² Es gab anfangs Verwirrung über die Aufteilung der zu schaffenden drei Teilstreitkräfte, da gleichzeitige Äußerungen Sergejew über funktionale Truppenzuordnungen wie "Strategische Kräfte", "Abschreckungskräfte" und "Schnelle Eingreiftruppen" einige westliche Analytiker eine Aufteilung der Streitkräfte in dieser Richtung vermuten ließen.

²³ Vgl. Igor Sergeev, Konceptija stroitel'stva Vooružennych Sil utverždena, in: Krasnaja zvezda, Nr. 184/185, 9.8.1997, S. 1f. und Petr Dejnekin im INTERFAX-Interview vom 11.8.1997, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Fernseh- und Hörfunkspiegel Ausland, Nr. 152, 12.8.1997, Erklärungen/Interviews S. 5.

6. Die Vielzahl von überhaupt nicht oder nur teilweise mit Personal ausgestatteten Verbänden wird beseitigt zugunsten von wenigen aber kampfstarken voll aufgefüllten Großverbänden, die je nach Auftrag im "Baukastensystem" zusammengesetzt werden können.
7. Die gegenwärtig acht Militärbezirke werden bis Ende 1999 in sechs "Militärstrategische Bereiche" umgegliedert unter Zusammenlegung der Bezirke Wolga und Ural (1998) sowie Sibirien und Trans-

8. baikal (2000); ihre jeweiligen Befehlshaber erhalten das operative Kommando über alle in ihrem Bereich stationierten Truppen aller Teilstreitkräfte, sowie über alle "anderen Truppen".²⁴
9. Die Anzahl von militärischen Stützpunkten und Depots soll drastisch reduziert und im Ausbildungsbereich sollen Duplizitäten und Überkapazitäten aufgelöst werden.
10. Die Armee wird aller nicht originär streitkräftetypischer Aufgaben enthoben; so werden etwa die streitkräfteeigenen Baubetriebe und Bauverwaltungen größtenteils privatisiert bzw. ausgegliedert.²⁵
11. Alle Armeeingehörigen erhalten ihre ausstehenden Gehälter bis zum 1. September 1997 ausgezahlt, alle ausstehenden Sozialleistungen werden bis Jahresende 1997 beglichen.²⁶
12. Alle im Zuge der Militärreform zu entlassenden Soldaten sind vorher vollständig finanziell abzugelten, ihr Übergang ins Zivilleben ist sozial abzusichern, insbesondere durch die Schaffung von Wohnraum. Diese Maßnahmen werden finanziert durch Mittel, die durch Privatisierung bisher militärischer Handelsorganisationen und durch Verkauf militärischer Liegenschaften und überzähliger Rüstungsgüter freiwerden.
13. Auch die soziale Stellung der aktiven Soldaten soll verbessert werden – so sollen die Bezüge der Offiziere bis zum Jahr 2001 um das Doppelte ansteigen.
14. Als wichtiger Devisenbringer und Kapitalbeschaffer zur zumindest teilweisen Finanzierung der Militärreform wird der militärisch-industrielle Komplex umstrukturiert. Aus dem bisherigen Monopolisten "Roswooruschenije" werden zwei Bereiche ausgegliedert: "Promexport" wird in Zukunft die Vermarktung ausgesonderten oder überzähligen Armeegeräts betreiben, während ein Technologiebüro den Verkauf von Lizenzen und Know-how übernimmt. Daneben wird es noch acht weitere Unternehmen geben, die Direktexporte ohne den Umweg über "Roswooruschenije" tätigen dürfen.

Bereits jetzt ist erkennbar, daß es sich bei dem von Verteidigungsminister *Sergejew* betriebenen und von Präsident *Jelzin* getragenen Konzept zur Militärreform um einen "großen Wurf" handelt, der, konsequent verfolgt und finanziert, die maroden Streitkräfte Rußlands auf die Aufgaben der Zukunft vorbereiten könnte. Den ersten Lackmus-Test hat die Reform mit der Auszahlung der Besoldungsrückstände bestanden, jedoch wird erst die Gesamthaushaltsentwicklung Rußlands der nächsten Jahre und davon abhängig die Entwicklung des Verteidigungsetats Aufschluß über die tatsächliche Realisierbarkeit geben.

Joachim Schmidt-Skipiol

²⁴ Sergejew spricht hier vom Status von "Territorialkommandos", den die Militärbezirke annehmen werden; vgl. Igor Sergeev, *Koncepcija stroitel'stva Vooružennyh Sil utverždena*, in: *Krasnaja zvezda*, Nr. 184/185, 9.8.1997, S. 1f.

²⁵ Alleine die in den Erlassen Nr. 692, 726 und 727 vom Präsidenten festgelegten Ausgliederungen der "Staatlichen Einheitsbaubetriebe", der "Föderalen Straßenbauverwaltung" und der "Föderalen Verwaltung Spezialbau" setzen 158.000 Stellen frei! Vgl. Jurij Baturin, *Obedinit' resursy i povysit' boegotovnost'*, in: *Krasnaja zvezda*, Nr. 165, 19.7.1997, S. 1.

²⁶ Dieses Versprechen nahm einen zentralen Platz in Präsident Jelzins Radioansprache an die Nation vom 25.7.1997 ein; in den folgenden Wochen als unrealistisch abgetan, konnte die Regierung jedoch den Termin zum 1. September bis auf geringe Ausnahmen einhalten – insgesamt leistete das Finanzministerium im August dafür Zahlungen in Höhe von 7,7 Bio. Rubel (= \$ 1,3 Mrd.); vgl. Sergeevs Aussage zu INTERFAX am 1.9.1997, in: *Johnson's Russia List*, 2 September 1997.